



Unterströmungen sicherheitspolitischer Kooperationen in Asien

amicus sharqi

Oktober 2022

Zusammenfassung

Bei der durch den ‚Aufstieg‘ Chinas ausgelösten Neugestaltung der sicherheitspolitischen Landschaft in der asiatisch-pazifischen Region besteht die Tendenz, eine gemeinsam wahrgenommene Bedrohung in den Vordergrund zu stellen und eine Interessenkonvergenz demokratisch legitimierter Staaten vorauszusetzen. Dabei werden jedoch die bereits in der Vergangenheit sichtbaren, durch die Verfolgung enger nationaler Interessen entstehenden Divergenzen der betroffenen Staaten nicht überwunden. Für die eigene Positionierung sind jedoch beide Aspekte von Bedeutung.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die aktuelle sicherheitspolitische Wende führt zu Erwartungen neuer Koalitionen auch in der asiatisch-pazifischen Region, die auf der Prämisse einer Kompatibilität demokratischer Staatsordnungen beruhen. Der ‚Aufstieg‘ Chinas, der damit einhergehende Zuwachs an militärischem Potential, insbesondere auf maritimem Gebiet, verbunden mit der wachsenden Bereitschaft Pekings, die Balance im Pazifik in Frage zu stellen und zudem Gebietsansprüche zu verfolgen, die von keinem Staat außer der Volksrepublik geteilt werden, bietet den Auslöser. Die stärkere Kooperation von traditionellen US-Partnern wie Südkorea und Japan ist ebenso ein Thema, wie neue Formate am Beispiel der Quad¹ oder die ‚Blue Pacific‘ Initiative, die ebenfalls eine sicherheitspolitische Komponente besitzt. Dabei ist die Diskussion, ob in Asien eine NATO-ähnliche Verteidigungskooperation entstehen kann, nicht neu, wobei zuvor die pazifischen Aktivitäten des heutigen Russlands Anlass waren. In der Vergangenheit wurden dabei immer die Stolpersteine hervorgehoben, die auch heute, wie bereits eine kurze, oberflächliche Betrachtung zeigt, nicht überwunden sind, darunter ein nicht zu übersehender und teilweise extremer Nationalismus in einigen der betroffenen Staaten.

Allein beim Quad-Format fällt auf, dass es sich zwar um eine Zusammenkunft durch demokratische Wahlen legitimierter Regierungen handelt, mit **Indien** dabei aber nicht nur eine Hindu-nationalistische Regierung beteiligt ist, sondern zudem ein Land, das als Partner Russlands auftritt² und als Mitgliedstaat der SCO³ seit 2017 sozusagen auch der Konkurrenz angehört. Das Festhalten an der Politik der Blockfreiheit, die die indische Außenpolitik prägt, steht der Teilnahme an durch Systemkonkurrenz entstehenden Koalitionen letztlich entgegen.

Während **Japan** vor dem Hintergrund der Ausweitung des chinesischen Machtanspruchs den Eindruck vermittelt, ein besonders großes und nachvollziehbares Interesse an einer verteidigungspolitischen Kooperation zu haben, existieren auch hier Unterströmungen, die das Vorhaben letztlich beeinträchtigen. Die Debatte wird durch eine Gruppe von LDP-Politikern (Liberaldemokratische Partei) dominiert, die als sicherheitspolitische Falken gelten und Positionen vertreten, die im Ausland durchaus als verständliche Anpassung und Normalisierung gesehen werden und die teilweise auch eine Voraussetzung für Verteidigungsbündnisse oder den Einsatz japanischer Truppen im Rahmen der Vereinten Nationen bilden. Irritierend wirkt jedoch der über Jahrzehnte unveränderte Umgang dieser Gruppe mit der eigenen Vergangenheit. Die Besuche hochrangiger Politiker, wie dem ermordeten Premierminister Abe⁴, am Yasukuni Schrein (Shinto)⁵, in dem auch die verurteilten Kriegsverbrecher, wie etwa Tojo⁶ geehrt werden, bleiben öffentliche Belege einer unterschwellig unveränderten natio-

¹ Quadrilateral Security Dialogue unter Beteiligung der USA, Australiens, Indiens und Japans.

² Indien nahm beispielsweise (neben China) an der Großübung VOSTOK 2022 teil.

³ Shanghai Cooperation Organisation

⁴ Abe gehörte zu einer Politikerdynastie aus der heutigen Präfektur Yamaguchi, die von seinem Großvater Kishi Nobusuke gegründet wurde und der seinerseits in den 1940er Jahren als Minister für die Handel und Industrie sowie stellvertretender Munitionsminister unter dem nach 1945 als Kriegsverbrecher verurteilten Regierungs- und Armeechef Tojo (‚Hitler Japans‘) und Ende der 1950er Jahre als Premierminister tätig war.

⁵ Die politische Bedeutung des Shintoismus in Verbindung mit dem Kaiserhaus ist komplex. Grundsätzlich wurde seine heutige Rolle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bewusst kreiert, um eine Art nationale Identität mit dem Kaiserhaus als Zentrum zu schaffen. In der Besatzungszeit nach 1945 hielten die USA an dem System fest, da sie die Gefahr eines Auseinanderbrechens Japans und im schlimmsten Fall ein Abdriften in die kommunistische Einflusszone befürchteten.

⁶ Die japanische Regierung sieht sich hier immer wieder der Kritik ausgesetzt und argumentiert teilweise, dass die Aufnahme der verurteilten Kriegsverbrecher in den Schrein quasi ein ‚Versehen‘ der für dessen Verwaltung zuständigen Behörde gewesen sei. Das ist nach Meinung des Autors vorgeschoben und in keiner Weise überzeugend.



nationalistischen Haltung. Andere Beispiele aus dem sogenannten ‚Verteidigungsclub‘ (防衛族 bzw. 国防族)⁷ sind der frühere Verteidigungschef Ishiba Shigeru oder der Chef der Kommission für Nationale Sicherheit Tani Koichi. Für ersteren ist es eine Pflicht, den Yasukuni Schrein⁸ zu besuchen, der zweite ist Mitglied einer Gruppe zur Förderung shintoistischer Politik, die sich ebenfalls für Besuche des Schreins einsetzt. Der ehemalige Premierminister Mori musste zurücktreten, weil er in einer Rede den Begriff ‚Kokutai‘ (国体) benutzte, mit dem seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts eine nationalistische im Krieg endende Politik verbunden wird. Es sind diese rückwärtsgewandten Positionen führender Sicherheitspolitiker, die zu der Frage führen, ob auf dieser Grundlage vertrauensbasierte, belastbare Koalitionen in der Region Bestand haben können.

Während der ‚Verteidigungsclub‘ seine Vorschläge, insbesondere während der Regierungszeit Abes, öffentlichkeitswirksam artikuliert, ist die LPD in sicherheitspolitischen Fragen selbst nicht ganz homogen und umfasst – dies warf man zum Beispiel Premierminister Kishida⁹ vor – auch Politiker, die auf einen Ausgleich mit China setzen. Zählt man den wichtigsten Koalitionspartner, die Komeito, eine von einer buddhistischen Sekte unterhaltene Partei, die sich als pazifistisch versteht und aufgrund ihres religiösen Hintergrunds eine kulturelle Nähe zu China aufweist, hinzu, wird die Situation noch komplexer. Außerdem bleibt eine Veränderung der Friedensverfassung Japans, mit der das Land darauf verzichtet hat, kriegerische Mittel einzusetzen und das jährlich in Gedenkfeiern in Hiroshima und Nagasaki an die Folgen von Kriegen erinnert, in der Bevölkerung nur bedingt populär.

Betrachtet man die bestehenden ‚Koalitionen‘ unter Führung der USA mit jeweils Japan und **Südkorea** stehen ebenfalls die Divergenzen sofort ins Auge. Es hatte Jahrzehnte gedauert und der zunehmenden Bedrohung durch Nordkorea bedurft, dass zwischen beiden Militärs eine Standleitung eingerichtet wurde. Der auf Druck der USA erfolgte Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen kam bald wieder zum Erliegen, nachdem ein südkoreanisches Gericht eine Klage gegen japanische Großunternehmen wegen Kompensationen für koreanische Zwangsarbeit während der japanischen Kolonialisierung des Landes zuließ. Japan unterband in der Folge aufgrund ‚sicherheitlicher‘ Erwägungen den Export von Chemikalien, von denen die Halbleiterproduktion des Nachbarlandes abhing. Ein Verhalten von Koalitionspartnern dürfte anders aussehen. Die Kehrtwende der neuen südkoreanischen Regierung zeigt zudem, dass Kontinuität kein bestimmendes Element der bilateralen Beziehung ist.

Da die bei den territorialen Ansprüchen Pekings auf das Südchinesische Meer direkt betroffenen **Philippinen** sich zuletzt China annäherten und weiterhin versuchen, eine Balance zwischen den USA, die erneut Militärbasen in dem Land unterhalten dürfen, und der Volksrepublik zu erreichen, sind auch sie kein gesetzter Kandidat für eine engere militärische Zusammenarbeit. Dass die **ASEAN** insgesamt, zu der eine Reihe weiterer Staaten gehören, die ebenfalls von den extensiven Ansprüchen Chinas¹⁰ auf das Südchinesische Meer betroffen sind, in mehreren Jahrzehnten nicht in der Lage war, eine Position aufzubauen, die ihre eigenen Mitgliedstaaten gegen

⁷ Eine Internetrecherche mit diesem Suchbegriff fördert eine größere Anzahl chinesischer als japanischer Treffer zutage, ein Hinweis, dass man sich in China sehr genau mit der Gruppe beschäftigt. Eine treffendere Übersetzung wäre wahrscheinlich ‚Verteidigungsclique‘; dies würde jedoch einen negativeren Eindruck hinterlassen als im Japanischen, wo es eine gängige Bezeichnung für politische Gruppenbildung ist.

⁸ Dass Ishiba während der jüngsten Krise um Taiwan die frühere japanische Kolonie besuchte, um seine Unterstützung zum Ausdruck zu bringen und dort von der Präsidentin der Republik China empfangen wurde, gehört zu den Spielformen ostasiatischer Politik.

⁹ Die Gruppe um Premierminister Kishida, die Kishida-Fraktion, gilt beispielsweise innerhalb der LDP als liberal.

¹⁰ Neben der Volksrepublik erhebt auch Taiwan Anspruch auf Gebiete in den Spratlys und hat zwei Inseln unter seiner Kontrolle.



die Ansprüche Pekings schützt und einige, wie Laos und Myanmar, mittlerweile in deutliche Abhängigkeit zu China gerieten, vervollständigt das Bild.

Die Ausschau nach anti-chinesischen Koalitionen in der asiatisch-pazifischen Region hat sich mit dem Einzug der Demokraten in das Weiße Haus¹¹ intensiviert. Ein Blick auf die Entwicklung in den letzten zwei, drei Jahrzehnten zeigt zugleich, dass die Politik Washingtons in der Region eher unbeständig war, deutlich mit den Administrationen wechselte und zuvor formulierte Strategien zumindest zeitweise zum Stillstand kamen. Die durch die Beteiligung Südkoreas, Japans und der Volksrepublik vergleichsweise komplexe Nordkoreapolitik der **USA**, die einen – lässt man das für die nukleare Aufrüstung weitgehend unwirksame Sanktionsregime einmal außer Betracht – roten Faden vermissen lässt und zuletzt während der Trump-Administration eine erneute Wendung vollzog, ist dafür ein gut belegtes Exempel. Die Aufkündigung des Projektes der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) durch die Trump-Administration ein weiteres.

Der ‚Aufstieg‘ Chinas oder die Effekte der von Xi Jinping benannten ‚Thucydides Falle‘¹² werden eine Neuausrichtung der sicherheitspolitischen Landschaft in der asiatisch pazifischen Region zur Folge haben. Anders als in Europa wirken dabei jedoch deutlich nationalistische und enge nationale Interessen verfolgende Unterströmungen, die weiterhin zu einer gewissen Skepsis Anlass geben und die man bei der eigenen Positionierung im Blick haben sollte.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

¹¹ Unter den Demokraten bildet der aktuelle Koordinator für die Region im Weißen Haus, Kurt Campbell, ein Beispiel für eine gewisse Kontinuität in diesem Lager. Campbell hatte bereits in der Vergangenheit eine Reihe von Positionen im Nationalen Sicherheitsrat, dem Verteidigungsministerium und dem State Department inne; ihn zeichnet eine Schwerpunktsetzung der US-Außenpolitik in Asien aus.

¹² Xi Jinping benutzte diesen zuletzt in der US-Politikwissenschaft diskutierten Begriff. Die Aussage des griechischen Historikers, wonach der Aufstieg Athens einen Krieg mit Sparta unausweichlich mache, wird auf das heutige Verhältnis zwischen China und den USA übertragen.